

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 11

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ist ihm vor allem gelungen, die Haltung der Partei zu den einzelnen Fragen an gut ausgewählten Zitaten nachzuweisen. Es ist ein wichtiges Buch für die Geschichte der sozialistischen Bewegung.

Profile der Weltpolitik

Frankreichs dramatische Situation

Hintergründe, Ziffern, Rezepte

Frankreichs Außenhandelsdefizit erreichte in den letzten Monaten 7,5 Milliarden Francs. Seit Juli 1968 hat Frankreich vom Ausland, insbesondere vom Internationalen Währungsfonds, insgesamt 37,5 Milliarden geliehen, von welchen aber 20 Milliarden bereits wieder ausgegeben wurden.

Angesichts dieser von Fachleuten als dramatisch bezeichneten Situation werden die von Premierminister Chaban-Delmas und Finanzminister Giscard d'Estaing bis jetzt verfügten Austerity-Massnahmen als «bescheiden» bezeichnet.

Tatsächlich wagt es die gegenwärtige Regierung nicht, das ganze Ausmass des drohenden Staatsbankrotts bekanntzugeben, aus Angst, durch diese Enthüllungen eine neue Franc-Flucht und damit einen neuen Währungssturz hervorzurufen.

Pinays Verzicht

Eine ähnliche Situation gab es in Frankreich vor elf Jahren nach de Gaulles Machtergreifung. Damals war es dem Finanzminister Antoine Pinay gelungen, durch drastische Massnahmen die französische Währung zu retten. Die soziale und politische Situation unterschied sich allerdings merklich von der gegenwärtigen Lage. Frankreich stand mitten im Algerienkrieg, und de Gaulle war auf den Wellen eines rechtsradikalen Staatsstreichs zur Macht gekommen. Ein Widerstand der Gewerkschaften war nicht zu befürchten. So konnten alle öffentlichen Tarife und Steuern erhöht, die Sozialversicherung beschnitten und zugleich ein allgemeiner Lohnstopp dekretiert werden.

Ähnliche Massnahmen kann sich die Regierung Pompidou/Chaban-Delmas jetzt nicht leisten. Die Arbeitnehmer sind durch die erfolgreichen Streiks des Jahres 1968 und die dabei erzielten Lohnerhöhungen und Teilreformen ermutigt, die französische Armee hat auf jedwede rechtsextreme Putschabsichten verzichtet, die Staatsgewalt ist infolge der Ereignisse des letzten Jahres und insbesondere nach dem Rücktritt von General de Gaulle geschwächt. Die «Begehrlichkeit» der Arbeitnehmer ist gewachsen.

Unter diesen Umständen lehnt es Pinay jetzt ab, den ihm von Pompidou angebotenen Finanzministerposten zu übernehmen. Er hält die französische «Atmosphäre» nicht für gegeben, die von ihm als dringlich betrachtete Schocktherapie durchzuführen.

Giscards Teilmassnahmen

So begnügt sich Finanzminister Giscard d'Estaing mit Teilmassnahmen und bemüht sich insbesondere, die Arbeitnehmer und kleinen Lohnempfänger nicht zu schockieren. Die Sozialversicherung wird nicht angetastet. Die niedrigsten Löhne werden erhöht, ebenso die Familienbeihilfen und Altersrenten. Die Steuern werden für arme und alte Leute verringert, für hohe Gehaltsstufen hingegen erhöht; die Besteuerung der Mittelschichten bleibt unverändert. Die Banken werden mit einer kleinen Sondersteuer belegt, die mehr demagogische als praktische Bedeutung hat. Hingegen werden die Steuern für Aktiengesellschaften diesmal etwas rascher eingekassiert als sonst.

Die Staatsausgaben jedoch werden drakonisch eingeschränkt, vor allem für Wohnungsbau, Gesundheitswesen und wissenschaftliche Forschung.

Auf diese Weise soll ein dreifaches Gleichgewicht wiederhergestellt werden: zwischen Einfuhr und Ausfuhr, zwischen Angebot und Nachfrage in Frankreich selbst und schliesslich zwischen Ausgaben und Einnahmen des Staatshaushaltes.

Im kommenden Frühjahr soll der französische Aussenhandel im Gleichgewicht sein. Sollte dieser Plan allerdings fehlschlagen, befände sich Frankreichs Wirtschaft in einer gefährlichen Situation mit unabsehbaren Folgen. Falls es jedoch gelingt, die Umdrehungen der Lohn-Preis-Spirale zu bremsen und das Aussenhandelsdefizit zu liquidieren, wäre die Operation der 12,5-Prozent-Franc-Abwertung gelungen.

Ursachen

Die grundlegenden Ursachen der französischen Strukturkrise wären jedoch damit noch nicht beseitigt.

Bis jetzt bezeichnete man von gaullistischer Seite als Ursachen der französischen Wirtschafts- und Sozialkrise abwechselnd die Versäumnisse der 4. Republik (1945–58) oder die Mai/Juni-Streiks 1968. In den Reihen der Opposition hingegen sprach man hauptsächlich von den Versäumnissen der 5. Republik seit 1958 und insbesondere von den verschwendereischen Prestigeausgaben des glorreichen Präsidenten-Generals.

In allen diesen Kritiken liegen aber nur Teilwahrheiten. Die eigentliche Ursache aber ist die Unterentwicklung Frankreichs seit der Jahrhundertwende, verglichen mit den anderen westeuropäischen Ländern, insbesondere Deutschland und England.

Wirtschafts- und Finanzfachleuten ist diese Tatsache seit langem bekannt. Dem französischen Volk wurde sie aber verschleiert. Insbesondere

General de Gaulle, der von Wirtschaftsfragen bekanntlich nicht viel verstand – seine starken Sachgebiete waren Aussenpolitik, Militärstrategie und geschichtlich-philosophische Betrachtungen –, feierte fast in allen Reden und Ansprachen die hervorragenden Leistungen der französischen Volkswirtschaft, bei sorgfältiger Unterlassung jedes Vergleichs mit den Nachbarländern. Auf diese Weise bekam der Durchschnittsfranzose ein völlig falsches Bild von der tatsächlichen Situation und den wirklichen Zusammenhängen.

Nun enthüllt die Regierung Chaban-Delmas plötzlich, Frankreich sei seit mindestens 50 Jahren ein unterentwickeltes und unterindustrialisiertes Land und habe beispielsweise 1938 weniger produziert als 1913.

Derzeit erreicht die französische Industrieproduktion knapp die der DDR. Nicht nur die französische Industrie, auch die französische Agrarproduktion ist europäischen Bedürfnissen nicht angepasst.

Bis zum Zweiten Weltkrieg galt Frankreich als Agrarland. Auch heute gibt es nur 38 Prozent produktive Lohnempfänger; 16 Prozent Landwirte und 46 Prozent unproduktive Drittberufe. In diesen Ziffern liegt die eigentliche Ursache der französischen Krisen. Der von Chaban-Delmas und Giscard d'Estaing ausgearbeitete Austerity-Plan wird, selbst wenn er gelingt, daran nichts ändern.

Parasitäre Strukturen

Die französische Mittelklasse hat seit einem Jahr rund 20 Milliarden Francs ins Ausland verbracht, insbesondere in die Deutsche Bundesrepublik und in die Schweiz. Auch jetzt werden noch weitere Milliarden verschoben.

Gerade diese in Frankreich besonders starken Mittelschichten der kleinen Sparer wählen aber gaullistisch. Durch ihren bornierten Egoismus und die massive Franc-Flucht und schliesslich durch ihre Stimmabgabe im April 1969 haben diese Schichten General de Gaulle zum Rücktritt gezwungen.

Präsident Pompidou und die Regierung Chaban-Giscard wissen sehr wohl, dass ihnen ähnliches widerfahren könnte, falls sie die Interessen und «angestammten Rechte» dieser Kreise antasten. Daher gibt es keine Massnahmen gegen die Devisen-, Häuser- und Grundstücksspekulanten, keine Besteuerung der zahlreichen kleinen Profite, keine Massnahmen gegen die Preissteigerer; all das in der Hoffnung, die Masse der Gross-, Mittel- und Kleinbesitzer werde wieder Vertrauen fassen, die ins Ausland verschobenen Guthaben zurückholen, vielleicht sogar die in den berühmten Wollstrümpfen gehorteten Goldreserven herausrücken, um sie wieder der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Georg Scheuer